V. O. D.

PROLETARIER ALLER LÄNDER VEREINIGT EUCH

# Arbeiter-Stimme

ZENTRALORGAN DER KOMMUNISTISCHEN PARTEI OESTERREICHS

(OPPOSITION)

10 Nummern S 1·50 (inkl. Postzustellung) Oesterr. Postsparkassenkonto Nr 119 471

Redaktion und Administration: XVI., Kirchstetterngasse 19/10. Tel. R-30-9-58

Preis 15 Groschen | November/Dezember 1932 | 6. Jahrgang, Nr. 115

# Konzentration der Klassenkraft!

Auch in seinem Niedergang bewegt sich der Kapitalismus auf und ab. Auch der gegenwärtigen Krise wird ein gewisser Aufschwung folgen. Schwächer und kürzer freilich als ehedem, da das Kapital noch aus vollen Backen blies. Es gibt manche Anzeichen dieses sich vorbereitenden wirtschaftlichen Umschwungs auf dem Weltmarkt. Nach mehr als dreijähriger Krisendauer haben die in diesem wütenden Ringen siegenden stärksten Kapitalisten, Kapitalistengruppen in der Tat manche «Hindernisse» bereits aus dem Wege geräumt. Aber noch ist der Spielraum nicht groß genug für den Aufschwung der Profitwirtschaft selbst nur der Krisensieger. Darum geht die Krise weiter und wird so lange weitergehen, bis entweder das Proletariat der ganzen Profitwirtschaft ein Ende setzt — daran wird die Arbeiterklasse durch die Zwillingskette des sozialdemokratischen Verrats, der stalinschen Bankrottpolitik gehindert — oder bis genügend Spielraum geschaffen ist wenigstens für die Krisensieger. Diesen Punkt wird am frühesten Amerika erreichen, vielleicht schon im Frühjahr. Von Amerika kam der Anstoß zur Krise, von dort kommt der Anstoß zum Umschwung. Doch auch in Amerika wird sich der Wandel nur langsam vollziehen und noch viel langsamer wird er sich fortpflanzen über den Weltmarkt, nach England, Frankreich und schließlich auch nach Deutschland, Oesterreich.

Den Umschwung herbeiführen, beschleunigen, die Krise liquidieren, auf Kosten der Massen versteht sich, das ist das Programm der deutschen Gesamtbourgeoisie.

Das zeitweilige Gleichgewicht zwischen Proletariat und faschistischen Mittelschichten ausnützend, schwang sich Papen empor, um Faschismus und Sozialdemokratie wechselweise ausspielend, gestützt auf Militär- und Polizeidiktatur, die kapitalistische Sanierung durchzuführen. Dieser bonapartistische Kurs ist gescheitert, er ist nicht imstande, der Arbeiterklasse jenes gigantische Maß von Opfern aufzuzwingen, das die deutsche Bourgeoisie zu ihrer Sanierung braucht.

Noch versucht es die deutsche Bourgeoisie mit «gezähmtem» Faschismus. Sie will seine geld- und blutgierigen Bander in verstärktem Maße gegen die Arbeiter in Schwung setzen. Aber noch will sie ihrem faschistischen Bluthund nicht völlig freien Lauf lassen, noch will sie den großen Bürgerkrieg vermeiden, noch will sie den sozialdemokratischen Lakaien als Reserve verwenden, noch will und glaubt sie die kapitalistische Sanierung verwirklichen zu können, ohne das Aeußerste wagen zu müssen, wo es um alles geht — auch um den Kopf der Bourgeoisie.

All das ist Zwischenspiel in einem oder mehreren kurzen Akten. Geht die Krise weiter, und sie wird weitergehen und immer schärfer am Hals der deutschen Kapitalisten schnüren, so wird und muß die deutsche Bourgeoisie ihrem faschistischen Bluthund, den sie nach wie vor an der goldenen Kette festhält, freie Bahn geben zur Aufrichtung der faschistischen Diktatur, als der letzten Möglichkeit, die kapitalistische Grundaufgabe zu lösen, den Kapitalismus zu sanieren auf Kosten der Massen.

Die Sozialdemokratie spekuliert, daß die inneren Differenzen der Bourgeoisie ihr ermöglichen werden, kampflos über die Gefahr zu kommen. Sie spekuliert auf die Selbstzersetzung des Faschismus. Sie spekuliert, daß sie als billigerer Lakai von der Bourgeoisie doch noch vorgezogen werde dem teuereren, riskanten, blutigen Lakai. Sie spekuliert, durch grenzenlosen Verrat am Proletariat zu — «siegen». Allein die Lage ist so, daß zur Sanierung des deutschen Kapitals der sozialdemokratische Verrat am Proletariat nicht mehr genügt, sondern daß der erbarmungslose Mechanismus der kapitalistischen Krise auch noch die Opferung des sozialdemokratischen Lakais selbst fordert, um die [illegible] Bourgeoisie [illegible].

Was bei der Sozialdemokratie Spekulation, ist bei der Stalinbureaukratie Auswirkung ihrer Bankrottpolitik. Am krassesten sichtbar ist das in der Frage der Einheitsfront. Die SPD will sie nicht, weil sie ihre Rechnung noch immer stellt auf die Einheitsfront mit der Bourgeoisie gegen das Proletariat — die Stalinbureaukratie will sie und sabotiert zugleich die einzige Taktik, die sie jetzt verwirklichen kann, die Taktik Lenins. Schon setzen die kapitalistischen Schlächter dem proletarischen Opfer das Messer an die Kehle — aber sozialdemokratische Verräter, stalinsche Bankrotteure tanzen auf dem Rücken des proletarischen Opfers weiter ihren verbrecherischen Veitstanz. Morgen werden die Verräter und die Bankrotteure das Gegenteil von dem schwören, was sie heute kreischen, morgen werden sie das Gegenteil von dem machen, was sie heute tun. Sie werden m ü s s e n. Der durch die ungeheure [illegible] entfesselte vulkanische Druck der Massen, die nicht kampflos untergehen, sondern leben, siegen wollen, wird das erzwingen. Der Verantwortung vor der Arbeiterschaft, vor der proletarischen Revolution werden sie deshalb nicht entgehen, nicht die stalinschen Bankrotteure, nicht die sozialdemokratischen Verräter.

Im Handumdrehen würde die Initiative der KPD auf leninscher Linie die Sozialdemokratie, die Gewerkschaften in die proletarische Kampfeinheitsfront zwingen und sofort dem Kräftespiel der Klassen eine für das Proletariat, für die gesamten werktätigen Massen günstige Entwicklungsrichtung geben. Die verbrecherische Stalinbureaukratie verhindert das.

Aus den Massen heraus, durch die Massen selbst kann, muß, wird die Wendung, die Rettung kommen: sie müssen, sie werden erzwingen die Konzentration der proletarischen Klassenkraft, die Kampfeinheitsfront von KPD, SPD, Gewerkschaften!

# Parteitag der Sozialdemokratie

### Sanierung der Bourgeoisie.

«Die Zeit der Tolerierungen, der Koalitionen ist zu Ende», verkündete Löbe. Aengstlich vermieden es die Bauer-Renner, von Koalition zu reden. Bedeutet das etwa eine Abkehr von der sozialdemokratischen Grundlinie der Zusammenarbeit mit der Bourgeoisie?

Was die deutsche Bourgeoisie betrifft, da hat Löbe recht. Für sie ist jetzt die Zeit der Koalition mit der SP vorbei. Löbe nimmt die von der deutschen Bourgeoisie gesetzte Tatsache gefälligst zur Kenntnis und schwindelt das den Arbeitern vor als Abkehr der SP von der Kaolition . . .

Wie steht es mit der österreichischen SP? Selbst von «unserem Staat», von «unserer» Republik zu sprechen unterließen sie heuer; fein säuberlich hieß es: «kapitalistische Demokratie». Und am Tage nach dem Parteitag (17. November) fuchtelte die «A.-Z.» mit dem raffiniertesten Schwindel, mit der sozialdemokratischen «Allein»-Regierung.

Und dennoch, trotz aller Wendungen, **trotz der vorsichtigen Sprache: an der Grundlinie der Z u s a m m e n a r b e i t m i t d e r B o u r g e o i s i e, an der Verratslinie hält die SP unverbrüchlich fest.**

Denn was bedeutet es, wenn die Sozialdemokratie zwar vom «kapitalistischen Staat», von der «kapitalistischen Republik» spricht — aber im selben Atemzug von «unserer» Produktion, «unserer» Industrie, «u n s e r e r» Wirtschaft, die «wieder aufgebaut» werden müsse?!

Wem gehört denn diese Produktion, diese Industrie, diese Wirtschaft? Etwa den Arbeitern? Nein! Sie gehört den Kapitalisten, der Kapitalistenklasse. Und wer leitet, wer beherrscht denn diese Industrie, diese Wirtschaft? Etwa die Arbeiter? Nein, die Kapitalisten, die Kapitalistenklasse! Es ist also die k a p i t a l i s t i s c h e Wirtschaft, die die Sozialdemokratie «wieder aufbauen», das heißt s a n i e r e n will. Die Sanierung der von der Krise hart hergenommenen kapitalistischen Wirtschaft: das bietet die Sozialdemokratie der Bourgeoisie an. Versteht sich auf Kosten der breiten Massen unter freundlicher Mithilfe der Sozialdemokratie.

### Die Methode von 1929.

Gegen den Faschismus will sie «kämpfen» wie 1929. Wie war's denn im Herbst 1929? Die SP apportierte im großen und ganzen der Bourgeoisie freiwillig, was diese mit dem Heimwehrstaatsstreich erreichen wollte.

Diese Taktik der **Kapitulation vor dem Faschismus** will die SP fortsetzen.

### «Man kann nichts machen»

Aus dieser sozialdemokratischen Grundthese ergibt sich den Bauer & Co, die nämlich nichts machen wollen, folgende Perspektive. Wir stehen nach Bauer am «Beginn einer Zeit mit schweren, langen Wirtschaftskrisen, nur von kurzen Erholungsperioden unterbrochen, einer Zeit, in der positive Erfolge für die Arbeiterschaft schwer zu erreichen sein werden», in der «der Kampf um den Sturz des Kapitalismus in den Vordergrund treten muß.» «Es gärt in der Welt! Der Kapitalismus hat seine Stabilität verloren!» ruft Bauer den sozialdemokratischen Arbeitern zu. Vorwärts also zum Sturz des Kapitalismus tönt es zurück, das ist der Massenwille der sozialdemokratischen Arbeiter. «Das letzte Wort aus dem Zusammenbruch des Kapitalismus wird nicht die Reaktion abzuleiten haben», belehrt sie Bauer.

Wie doch? Das l e t z t e Wort wird nicht die Reaktion abzuleiten haben? Schön, wie steht es mit dem n ä c h s t e n Wort? Soll das nächste Wort die «Reaktion», das heißt der Faschismus haben? Wie paßt das aber zum Beginn einer Zeit, in der nach Bauer «der Sturz des Kapitalismus in den Vordergrund treten muß»? Wir sehen: ein vollkommener Widerspruch.

Daß die Sozialdemokratie überzeugt ist, daß das «nächste Wort» der Faschismus hat, zeigt sich deutlich an dem, was Bauer über die d[illegible]sche Lage sagt. Er hält es «für sehr wahrscheinlich, daß die deutsche Arbeiterklasse durch einige Jahre der Reaktion, des harten Druckes der Reaktion wird hindurchgehen müssen». Das heißt klipp und klar: **K a p i t u l a t i o n vor dem Faschismus.**

### «Durchhalten.»

Die Arbeiter hinter der SP halten, unter scheinrevolutionären Schlagern die Linie des Verrates fortsetzen, das ist der Sinn der Durchhaltelosung, mit der Seitz den Parteitag schloß. Das ist in der Tat die Zentrallosung der Sozialdemokratie. Diese Aufgabe wird für die SP immer schwieriger, wenn auch die grundfalsche Politik der Stalinbureaukratie alles tut, sie ihr weiter zu erleichtern. Besonders die **Arbeitslosen** und die **jugendlichen** sind es, die in Bewegung geraten. Ihnen tritt die SP entgegen, indem sie ihnen als Schuldige an ihrer Not hinstellt die Bourgeoisie.

Der Kapitalismus ist die Grundursache all des Elends, die Bourgeoisie ist schuld an der ungeheuren Massennot. Und trotzdem: indem die SP n u r diesen Teil der Wahrheit ausspricht, b e t r ü g t sie die Arbeiter.

Zum Kampf gegen die Bourgeoisie haben sich die Arbeiter Kampfinstrumente geschaffen. So ist vor langen Jahrzehnten die SP erstanden. Vor den großen Massen gibt sich ja die Sozialdemokratie selbst als Kampfinstrument gegen die Bourgeoisie aus. Warum also plötzlich so schweigsam über die **Rolle der SP?**

Die Bourgeoisie handelt nur als Bourgeoisie, wenn sie sich auf Kosten der breiten Massen saniert und diese immer tiefer stößt. Sprecht von der Sozialdemokratischen Partei, sprecht von eurer Politik, die den Kampf der Massen so zu führen hätte, daß die Angriffe der Bourgeoisie zuschanden würden! **Darüber schweigt ihr.**

Ihr schweigt über eure Rolle. Eure Politik, Ihr, die Sozialdemokratie, seid schuld, daß die Arbeiter von der Höhe 1918 zur Tiefe 1932 gefallen sind.

**Sabotage der Einheitsfront.**

Die Sozialdemokratie lehnt die Einheitsfront ab. Auf Ihrer Grundlinie der Zusammenarbeit mit der Bourgeoisie kann die SP keine Kampfeinheitsfront gegen die Bourgeoisie brauchen. Sie ist für die Einheitsfront mit der Bourgeoisie, nicht gegen die Bourgeoisie. Natürlich kann sie das den Arbeitern nicht sagen. Also erklärt sie, in Oesterreich sei die Einheitsfront «verwirklicht in der Sozialdemokratie».

Schon rein zahlenmäßig stimmt das nicht. Diese «Einheitsfront» läßt zehntausende revolutionäre Arbeiter links liegen und geht über die parteilosen oder gar noch den bürgerlichen Parteien folgenden Arbeiter glatt hinweg. Und blicken wir in die SP: Wieviele zehntausende unter den 600.000 Arbeitern der SP sind reine Büchelmitglieder, wieviele zehntausende Indifferenter sind in Wahrheit in dieser «Einheits»-Front? Die aktivsten, kampfgewilltesten, entschlossensten Elemente, vereinigt in der KP oder zu ihr hinstrebend, gerade sie — und mögen es ihrer vorläufig nur zehntausende sein — sollen nach den Bauer & Co. aus der Einheitsfront ausgeschlossen sein, sie, die der Massenaktion den Schwung geben. Die Sozialdemokratie sabotiert, verhindert in Wirklichkeit die wahre Einheitsfront, die proletarische Kampfeinheitsfront. Freilich: Ihr Verrat wird durch die grundfalsche Einheitsfronttaktik der Stalinbureaukratie erleichtert. Sie benützt die sozialdemokratische Ablehnung als Ausrede, um sich um die proletarische Einheitsfront zu drücken. Statt durch Anwendung der leninschen Einheitsfronttaktik von unten und oben trotz der Manöver und faktischen Ablehnung die sozialdemokratischen Spitzen vor den Massen zu zwingen, eine offene Ablehnung zu riskieren — sie würden das heut nicht wagen! — erleichtert die Stalinbureaukratie mit ihrer «Roten» Einheitsfront die Sabotage der SP — das heißt sie fügt der sozialdemokratischen die stalinsche Sabotage hinzu! Es ist nicht wahr, daß die Ablehnung der Einheitsfront durch Otto Bauer die «Rote» Einheitsfrontpolitik rechtfertigt. Wahr ist, daß die Massen der Arbeiter trotz allem hinter der Sozialdemokratie stehen, weil sie das raffinierte Spiel der SP nicht durchblicken. Es bedarf der leninschen Einheitsfronttaktik, die erst öffnet den Massen durch die lebendige Erfahrung im Kampf die Augen für das, was heute nur die Kommunisten sehen, und leitet sie über auf die revolutionäre Linie. Die Sozialdemokratie lebt vom — Stalinismus.

## „Unter den heutigen Verhältnissen"

Die SP hat beschlossen, daß «unter den heutigen Verhältnissen eine Beteiligung der Sozialdemokraten an der Regierung in Vorarlberg nicht in Frage kommen kann». («A.-Z.» 23. November.) «Unter den heutigen Verhältnissen» ist nämlich das Zusammenarbeiten mit der Bourgeoisie, der Verrat an den Arbeitern zu deutlich sichtbar, wenn die SP mit in der Regierung sitzt. Also ziehen sich die sozialdemokratischen Lakaien aus der Regierung zurück, um ihre Zusammenarbeit mit der Bourgeoisie besser zu verschleiern «unter den heutigen Verhältnissen». Aber die SP geht nur «unter den heutigen Verhältnissen» aus der Koalitionsregierung, sie hält sich den Weg frei zu offener Zusammenarbeit mit der Bourgeoisie «unter anderen Verhältnissen». Ein Beweis, wie das Wort auf dem SP-Parteitag: «Die Periode der Koalitionen und Tolerierungen ist vorbei», verlogen ist. Die Einheitsfront mit der Bourgeoisie herzustellen, ist nach wie vor die wirkliche Linie der Sozialdemokratie, darum will sie nicht die proletarische Einheitsfront.

**ZEICHNET PRESSFONDS!**

# Hungermärsche und Einheitsfront

12.000 Arbeitslose mehr in 14 Tagen, 60.000 mehr als zu gleicher Zeit im Vorjahr. Weitere Betriebe werden stillgelegt: der Erzberg, das Hüttenwerk in Donawitz und andere. Das Massenaussteuern geht weiter, das Kürzen der Unterstützung, der Lohnabbau, die Teuerung, der Hunger. Die Auslandsräuber der Kreditanstalt bekommen Milliarden, die Inlandsräubern, denen Rothschild und Co., bleiben die Milliarden in den Taschen. In Deutschland ist der Papenkurs gegangen, in Oesterreich ist der Bonapartismus noch im Anstieg. Mit denselben Methoden wie dort will er auch hier die kapitalistische Sanierung. Aber er will sie krönen mit Habsburgs Krone. Dem dient die geheimnisvolle außenpolitische Geschäftigkeit, die mit den Fäden, die sie nach Budapest, Rom, München spinnt, die Republik erdrosseln will.

Die Sozialdemokratie stellt dem die sozialdemokratische «Einheitsfront» entgegen. Diese «Einheitsfront», die uns in 14 Jahren von der Höhe des Jahres 1918 hinabgeschleudert hat zur heutigen Tiefe. Die Stalinbureaukratie hat Bauers Wort von der Einheitsfront, die in der SP bereits verwirklicht sei, mit wahrer Begeisterung aufgegriffen. Welch vortreffliche Ausrede: die SP lehnt die Einheitsfront ab, wozu also Einheitsfront mit der SP?! Eine Kleinigkeit übersehen die Stalinbureaukraten: daß nicht nur die sozialdemokratischen Führer, sondern dank der stalinschen Bankrottpolitik auch heute noch die sozialdemokratischen Arbeitermassen in der Frage der Einheitsfront genau so denken wie Bauer. Daß die sozialdemokratischen Führer nicht die proletarische Einheitsfront wollen, sondern die Einheitsfront mit der Bourgeoisie, das erkennt der kommunistische Arbeiter, aber gerade davon die Massen der sozialdemokratischen Arbeiter zu überzeugen, darauf kommt es an. Durch Hinweisen, Aufrufen zum gemeinsamen Kampf, durch die bloßen Methoden der Propaganda und Agitation, mit einem Wort durch die stalinsche Einheitsfronttaktik (die «rote», die «antifaschistische Aktion») kann man einen Teil, im besten Falle einen verhältnismäßig doch nur geringen Teil der sozialdemokratischen Arbeiter in Bewegung setzen — um die großen Massen der sozialdemokratischen Arbeiter zu mobilisieren, dazu bedarf es der leninschen Taktik der Einheitsfront, heute der kombinierten Einheitsfronttaktik von unten und von oben.

Hungermärsche sind ein ausgezeichnetes Kampfmittel. Hungermärsche ohne Massen sind eine kühne Tat, sind eine Tat, die auch gewisse Erfolge erzielt, die aber — die österreichische Erfahrung mehrerer Jahre zeigt das klar — am Gang der Ereignisse nichts ändert. Die ehrlichen, großen Anstrengungen der Kommunistischen Partei vom Flugblatt über Versammlungen bis zu den kühnen Hungermärschen und Demonstrationen trotz mancher Erfolge im einzelnen, sie haben nichts geändert an der grundlegenden Tatsache, daß die kapitalistische Offensive vormarschiert, daß der Faschismus vormarschiert, daß die Sozialdemokratie trotz allen Verrates die Arbeiterschaft im großen und ganzen weiter hinter sich schleppt, daß das Proletariat politisch und wirtschaftlich tiefer und immer tiefer gedrückt wird. Diese Aenderung herbeizuführen, darauf kommt es an, sonst bleiben die Teilerfolge verpuffte Kraft. Nur mit den großen Massen ist das zu leisten. Die großen Massen in Schwung zu setzen, darauf kommt es an! Dazu genügt nicht Kühnheit, Opfermut, Tatkraft und versteht sich Klugheit, auch sie wirken sich mit wahrem Erfolg nur aus aufrichtiger Linie. An Teilerfolgen fehlt es dem Stalinismus nicht, auch nicht in Oesterreich — und doch wird das Proletariat seit Jahren zurückgedrängt auf der ganzen Welt, auch in Oesterreich. Redet euch nicht aus auf Bourgeoisie, Faschismus, Sozialdemokratie: gerade dazu braucht das Proletariat die Kommunistische Partei, auf daß sie den proletarischen Kampf gegen die kapitalistischen Banditen, gegen die faschistischen Bluthunde, gegen die sozialdemokratischen Pharisäer führe, mit Erfolg führe. Die Kommunistische Partei erfüllt trotz aller Teilerfolge dank der stalinschen Bankrottpolitik nicht die Hauptaufgabe, sie ist nicht imstande, die Verschiebung der Kräfteverhältnisse der Klassen zugunsten des Proletariats in die Wege zu leiten, weil sie durch den Stalinismus gehindert wird an der revolutionären Mobilisierung des entscheidenden Großteils der Arbeiterklasse.

Schluß mit dem Stalinismus! Vorwärts zu Aktionen mit großen Massen! Vorwärts zu Lenins Politik, zu Lenins Taktik der Einheitsfront, die allein verwirklicht Lenins Losung: Heran an die Massen! Aktion der Massen! Aktion der Millionenmassen.

Nur durch die gemeinsame Aktion von SP, KP, Gewerkschaften ist heute die Aktion der proletarischen Millionenmassen zu erzielen, auch in Oesterreich. Diese Kampfeinheitsfront zu erzwingen, darauf muß heute die Taktik der Kommunistischen Partei eingestellt sein. So wird sie Riesenmassen mobilisieren und in diesem Kampf bei richtiger Politik und Taktik — die Führung der Massen gewinnen.

## 1918

Der Bankrott der sozialdemokratischen Politik tritt immer offener zutage. Die SP bemüht sich krampfhaft, zu beweisen, daß sie heute nichts anders machen könne, die heutige Lage sei zwangsläufig bedingt durch die Entwicklungsgesetze der Bourgeoisrepublik. Oesterreich aber mußte zur Bourgeoisrepublik werden, da es der SP 1918 eine Unmöglichkeit war, den Kapitalismus in Oesterreich aufzuheben und eine sozialistische Ordnung in Oesterreich aufzubauen. Immer wieder versucht die Sozialdemokratie, den Arbeitern zu beweisen, ihre Politik 1918/1920 sei richtig gewesen. Auf dem SP-Parteitag versuchte es Otto Bauer neuerlich.

Zunächst verschiebt Bauer als geschickter Taschenspieler die Frage. Er spricht von der Unmöglichkeit, die kapitalistische Produktionsweise in Oesterreich aufzuheben und den Sozialismus aufzubauen. Kein proletarischer Revolutionär hat 1918/19 von der SP verlangt, die «kapitalistische Produktionsweise» aufzuheben. Arbeiter hinein in die Polizei, in die Gendarmerie, ins Heer, fort mit den monarchistischen Offizieren, Arbeiter in den Verwaltungsapparat, fort mit den konterrevolutionären Bureaukraten! Die SP hat den kapitalistischen Staatsapparat, hat die Machtmittel der Kapitalisten unangetastet gelassen. Darum hat sich die Bourgeoisie behauptet. Als die proletarischen Revolutionäre verlangten, 6000 Arbeiter in die Polizei aufzunehmen, haben die Eldersch - Deutsch - Bauer - Adler & Co. das abgelehnt. Ihr habt die Volkswehr den Bürgerlichen ausgeliefert. Weil Euer Deutsch an der Spitze stand, habt Ihr vorgeschwindelt, das Heer sei der Arbeiterschaft sicher. In Wirklichkeit habt Ihr die Kommandostellen den monarchistischen Offizieren, den Konterrevolutionären gelassen. Jetzt weint Ihr Krokodilstränen, weil die Bourgeoisie den Arbeitern die Waffen abnimmt, die Faschisten aber bewaffnet. Niemand hat Euch gehindert, die Waffen an die Arbeiter zu verteilen, aber Ihr habt gemeinsam mit den Bürgerlichen Waffen verstecken und vergraben lassen. Proletarische Machtpolitik hättet Ihr 1918/1920 machen müssen, — Ihr aber triebet und treibt auch heute Koalitionspolitik, Verratspolitik!

Ja, sagt Bauer, in Wien, in den großen Städten, in den Industriezentren, da hätten die Arbeiter die ganze Macht nehmen können. Aber das Land hätte sich sofort von den Städten abgesperrt, der Hunger hätte das Proletariat niedergezwungen. In Rußland seien die Bauern revolutionär gewesen, da seien sie mit den Arbeitern gegangen. Warum die russischen Bauern mit den Arbeitern gingen, um diese Frage drückt sich Bauer. Die russischen Bauern gingen mit den russischen Arbeitern, weil in Rußland die proletarische Klassenpartei, die bolschewistische Partei, die Güter des Adels und der Kirche zerschlug, den Großgrundbesitz den kleinen Bauern und der Dorfarmut gab und mit der Waffe in der Hand, den Bauern den Besitz dieses Landes garantierte. Hätte die SP in Oesterreich den Großgrundbesitz — auch den der Kirche — ohne Entschädigung enteignet und kostenlos auf die Dorfarmut und die Kleinbauern aufgeteilt, dann wären die Massen der österreichischen Bauernschaft auf Tod und Leben mit der revolutionären Arbeiterschaft gegangen. Schon dadurch allein wäre die Lebensmittelversorgung der Arbeiter viel leichter geworden. Allein der SP war die Koalition mit den Christlichsozialen viel wichtiger; da konnte sie freilich den Großgrundbesitz, das Kirchenvermögen nicht konfiszieren.

Wenn wir das russische Beispiel nachgemacht hätten, dann hätten wir in Oesterreich die Herrschaft der Arbeiterklasse vielleicht aufrichten können; aber auf wie lange? «Denkt an Bayern, Ungarn!» In Rußland stand der Revolution ungeheurer Raum zur Verfügung und damit auch genügend Nahrung. Im winzigen Oesterreich war das nicht möglich. Sagt Otto Bauer . . . Die Entente, italienische, jugoslawische, tschechische Truppen wären in Oesterreich einmarschiert, die proletarische Diktatur wäre in Blut und Grauen untergegangen. Wäre das wirklich so gewesen? Nein! Otto Bauer nimmt hier einfach die Schere und schneidet Oesterreich aus seinem internationalen Zusammenhang aus. Und vor allem schweigt er über die Rolle der Sozialdemokratie aller Länder, verschweigt er die Rolle der deutschen, tschechischen, ungarischen, italienischen, französischen, englischen Sozialdemokratie. Rätebayern brach zusammen, aber es waren die Truppen der Regierung Ebert-Noske-Scheidemann, die nach München marschierten! Tschechische Truppen marschierten gegen Budapest, aber die tschechische SP unterstützte dabei die «Nasche Republika!» Italienisches Militär zog gegen Ungarn, gegen Oesterreich. Aber die italienische SP, aus der ein Mussolini hervorging, ermöglichte es durch ihre Burgfriedenspolitik, genau so, wie sie 1922 den Faschisten half, den Generalstreik abzuwürgen. Die Ententesozialdemokratie war es, die die Ententeregierungen unterstützte, sozialdemokratische Munitionsminister, sozialdemokratische Rüstungsminister wären gestanden an der Spitze der Interventionsarmee gegen die proletarische Revolution in Mitteleuropa. Wäre die Sozialdemokratie das gewesen, als was sie sich den Arbeitern ausgab, die Partei der internationalen proletarischen Revolution, dann hätte sie in Deutschland, Oesterreich aufgerichtet die Diktatur des Proletariats, hätte die Ententesozialdemokratie ihre revolutionäre Pflicht getan, gemeinsam mit Sowjetrußland, mit Räteungarn, wäre die proletarische Revolution in Europa unüberwindlich gewesen, die Vereinigten Sowjetstaaten von Europa wären Wirklichkeit geworden. Raum und Nahrung war also genügend vorhanden. Aber die Sozialdemokratie hat überall «versagt».

Nein, sie hat nirgendswo versagt, auch nicht in Oesterreich. Denn die SP ist nicht das, als was sie sich den Arbeitern vorschwindelt, sie ist nicht die Partei der internationalen proletarischen Revolution, sondern sie ist und bleibt in Oesterreich und überall die kleinbürgerliche Partei, die die Arbeiter mit sozialistischen Phrasen einseilt, um desto besser den Verrat an den Arbeitern durchführen zu können in Zusammenarbeit mit der Bourgeoisie, für die Sanierung und Erhaltung des Kapitalismus.

## Lohnabbau als „Naturgesetz"

Die SP macht der Lohnabbauoffensive der kapitalistischen Banditen planmäßig die Mauer. Sie beruft sich dabei jetzt sogar auf Marx. Marx hat in seiner Untersuchung der Gesetze der kapitalistischen Bewegung absichtlich aus methodologischen Gründen von der bewußten Aktion der Arbeitermassen abgesehen, er hat die Tendenzen, die Gesetze des «reinen» Kapitalismus herausgearbeitet. Er tat dies, um die Arbeiter zu befähigen, mit desto größerer Klarheit gegen die Bourgeoisie kämpfen zu können. Trotz des Schwellens der industriellen Reservearmee, und gerade deswegen, ist erfolgreicher Kampf gegen die Lohnabbauoffensive möglich. Nicht mehr mit jenen Zwergkämpfen von ehedem, aber mit gigantisch zusammengeballten Massen. Aber gerade das fürchtet das sozialdemokratische Kleinbürgertum, dem die (kapitalistische) «Ruhe und Ordnung» das Höchste, mehr als der Teufel das Weihwasser. Bauer predigt kastrierten «Marxismus».

## St. Pölten

Vor einigen Tagen berief die antifaschistische Aktion unter dem Namen eines provisorischen Aktionskomitees in St. Pölten eine Arbeitslosenversammlung ein, um «die Einheitsfront aller Arbeitslosen gegen die 28. Novelle und die Hinrichtlinien und für die Forderungen der Arbeitslosen herzustellen». In der Versammlung wurde ein überparteiliches Aktionskomitee» gewählt, dem angehörten: 4 Kommunisten, 6 Parteilose, 2 Nazi, 2 arbeitslose Angestellte. Dazu schreibt nun die «Rote Fahne» (18. November): «Die gerade vorgeschlagenen sozialdemokratischen Arbeitslosen konnten eine Wahl ins Komitee nicht annehmen, doch wird das Komitee alles tun, um auch den sozialdemokratischen Arbeitslosen die Vertretung im Komitee zu schaffen.» Das heißt mit anderen Worten, die Sozialdemokraten sind in diesem «Einheitsfrontkomitee» nicht vertreten.

Wie traurig, wie erbärmlich, wie katastrophal muß es um eine Einheitsfrontpolitik bestellt sein, die Nazis erfaßt, aber die sozialdemokratischen Arbeiter ab-

stößt! Nicht, daß es prinzipiell unzulässig wäre, irregeführte Naziproleten, sofern sie ehrlich gegen die Hungeroffensive der Bourgeoisie kämpfen wollen, in Kampfkomitees zu nehmen. Aber die Hauptaufgabe der proletarischen Einheitsfrontpolitik ist es, die sozialdemokratischen Arbeitermassen für den Kampf zu erfassen. Erstens stehen sie uns viel näher als der ehrlichste faschistische Arbeiter, da dessen Illusionen und Verworrenheit millionenmal größer sind als die des verworrensten sozialdemokratischen Arbeiters. Zweitens sind für den erfolgreichen Kampf die Millionen der sozialdemokratischen Arbeiter viel wichtiger als das Häuflein irrender Naziproleten. Die Kampfeinheitsfront mit ehrlichen Naziproleten ist prinzipiell durchaus zulässig. Allein sie führt zu revolutionärem Erfolg nur auf dem Boden der leninschen Einheitsfront, die vor allem die Einheitsfront mit den sozialdemokratischen Arbeitern herstellt. Wer sich aber durch «Sozialfaschismus», durch «Der Hauptfeind ist die Sozialdemokratie» den Weg dazu versperrt, der stellt die Einheitsfront mit paar Nazis her um den Preis, daß er die Millionen der sozialdemokratischen Arbeiter abstößt, ihr Mißtrauen gegen den Kommunismus erhöht, der Sozialdemokratie die Sabotage der Kampfeinheitsfront wesentlich erleichtert und in der Gesamtwirkung dem Faschismus nützt. Der Berliner Verkehrsstreik hat das gezeigt. St. Pölten zeigt dasselbe. Zurück zur leninschen Einheitsfront!

## Ankerbrot-RGO.

Bei der Betriebsratswahl in den Ankerbrotwerken stellte die RGO eine eigene Liste auf. Die reformistische Führung der freien Gewerkschaft hat nun die fünf RGO-Kandidaten aus der Gewerkschaft ausgeschlossen. Die Gewerkschaftsbonzen zeigen sich damit neuerlich als Spalter. Doch wie leicht macht ihnen das die RGO-Politik der Stalinbureaukratie, die nicht darauf ausgeht, die bestehenden Gewerkschaften zu erobern, sondern eigene «Rote Verbände» zu schaffen, was sie in plumpster Weise abzuleugnen versucht. Diese Politik hilft nur den sozialdemokratischen Gewerkschaftsbureaukraten, die Gewerkschaften kommunistenrein zu halten, die Kommunisten von den in den Gewerkschaften organisierten Massen zu isolieren. Gegen den Terror der Gewerkschaftsbureaukratie und ihre Spaltermethoden! Für die Wiederaufnahme der Ausgeschlossenen! Gegen die stalinsche RGO-Politik! Für die leninistische Politik der innergewerkschaftlichen Opposition, für die Eroberung der bestehenden Gewerkschaften!

Auch dort, wo selbständige rote Verbände bereits bestehen, wie zum Beispiel in Deutschland, ist und bleibt die stalinsche RGO-Politik, deren Ziel die roten Verbände sind, falsch. Das leninsche Hauptziel der gegenwärtigen Etappe ist und bleibt noch immer: Heran an die Massen! Heran vor allem an die in den Gewerkschaften organisierten Massen! Die stalinsche RGO-Politik sucht die kampfgewillten Elemente in die roten Verbände zu ziehen und isoliert gerade dadurch die revolutionären Hunderttausende von den noch nicht revolutionären Millionen. Die leninsche Gewerkschaftspolitik sucht gerade umgekehrt die revolutionäre Minderheit in die Millionenmasse der Gewerkschaftsarbeiter hineinzuführen, sie mit ihr fest zu verbinden mitten in und trotz der reformistischen Hürden. Wo rote Verbände bereits bestehen wie in Deutschland, müssen sie kämpfen um die Gewerkschaftseinheit, mit dem Ziel, in den Gewerkschaften aufzugehen als revolutionäre innergewerkschaftliche Opposition zur Ueberleitung der Gewerkschaften auf die revolutionäre Linie.

Die Gewerkschaftseinheit muß erkämpft werden. Das Mittel dazu ist die gewerkschaftliche Einheitsfronttaktik auf leninscher Linie. RGO und rote Verbände müssen sich initiativ immer wieder an die Mitglieder und an die Spitzen der Gewerkschaften wenden mit vom Standpunkt der Masse der Gewerkschaftsmitglieder annehmbaren Kampfvorschlägen zu gemeinsamen Aktionen, gemeinsamem Kampf. Dieses initiative Bemühen um die gewerkschaftliche Einheitsfront muß offen vor der Arbeiterschaft ausgerichtet werden auf die Herstellung der Gewerkschaftseinheit durch Eingliederung der RGO in die Gewerkschaft als revolutionäre innergewerkschaftliche Opposition, die auf dem Boden der gewerkschaftlichen Aktionsdisziplin die Freiheit der Kritik und Propaganda hat.

# »Schuld sind die Arbeiter«

«Warum konnte am 20. Juli 1932 die preußische Regierung Braun-Severing von einem Leutnant und drei Mann weggejagt werden? Weil die deutsche Arbeiterklasse es hat geschehen lassen, weil sich keine Hand zum Schutze dieser Regierung gerührt hat. Ich werde jetzt nicht untersuchen, wie das gekommen ist im Laufe eines jahrelangen Prozesses, daß die Arbeiterklasse Deutschlands so zermürbt worden . . .» So sagt Otto Bauer.

Hat sich am 20. Juli wirklich keine Hand zum Schutz der Regierung Braun-Severing erhoben? Das Gegenteil ist wahr. Zum Schutz der Regierung Braun-Severing richtete unmittelbar nach Papens Staatsstreich die KPD ein Angebot an den ADGB zwecks gemeinsamer Durchführung des Generalstreiks als erste Kampfmaßnahme gegen die Verjagung der preußischen Ministersozialisten. Dieser Schritt der KPD entsprach vollkommen der Situation und war durchaus richtig. Freilich, die Stalin-Politik hat die KPD gehindert, ihrem richtigen Schritt die nötige Massenkraft zu verleihen. Eine Politik, die die Sozialdemokratie als Sozialfaschismus stempelte, die zum katastrophalen «Roten Volksentscheid» im August 1931 führte, die die SP als Hauptfeind, den Faschismus in Wahrheit also als das kleinere Uebel erklärte; eine solche Politik konnte am 20. Juli die Massen nicht überzeugen von der Notwendigkeit, zu streiken, um Braun-Severings willen. Die grundfalsche RGO-Taktik hatte die KPD ihrer Betriebs- und Gewerkschaftspositionen beraubt. Vor allem aber hätte die KPD längst die Taktik der «roten» Einheitsfront über Bord werfen und sie ersetzen müssen durch die Taktik der leninschen Einheitsfront, welche die Massen schon vor dem 20. Juli auf ein offenes Kampfangebot an die sozialdemokratischen Spitzen vorbereitet und so am Tage des Staatsstreiches diesen die Flucht in die Kapitulation verlegt hätte. Diese politischen Voraussetzungen erst hätten dem Angebot der KPD die nötige Massenunterstützung verliehen. Allein trotzdem: ihr Schritt war richtig, die KPD hatte die Hand zum Schutz Braun-Severings erhoben — wo blieb die Hand der SPD, des ADGB?

Ihre Hand griff — nach dem Stimmzettel. Severing nahm seinen Hut und empfahl den Massen, bei der Wahl am 31. Juli «mit Papen abzurechnen». Statt gemeinsam mit der KPD die Kampffront der deutschen Arbeiterklasse dem Staatsstreich Papens entgegenzustellen, — schlug die SPD die von der KPD dargebotene Hand aus, vertröstete die Massen auf die Wahl, spaltete die Arbeiterschaft und kapitulierte vor Papen.

Erinnern wir uns der Streikwelle, die im September losbrach und ihren vorläufigen Höhepunkt im Berliner Streik gefunden hat. Selbst die AZ (6. November) mußte da schreiben von der «durchschlagenden Klassenkraft» des deutschen Proletariats, wie sich «über alle Bedenken hinweg erhebt die Tatsache, daß sich die deutschen Arbeiter wieder einmal rühren». Wie paßt dazu also Bauers Behauptung von der «Zermürbung der deutschen Arbeiterklasse«? Wie die Faust aufs Auge!

Nach all dem ist es begreiflich, daß Bauer jetzt nicht untersuchen will, wie das gekommen ist. Diese Untersuchung würde zeigen, daß die SP durch ihre Verratspolitik die Arbeiter in diese Tiefe geführt hat. Nicht die Arbeiter sind schuld, schuld ist die Sozialdemokratie: der Verrat der SP an den Arbeitern hat das Proletariat in diesen Abgrund geführt! Das ist die Wahrheit.

## Roosevelt gewählt

Als Hoover vor vier Jahren sein Amt antrat, versprach er ewige Prosperität: den Kapitalisten ewigen Profit, den Mittelschichten allmählichen Aufstieg in die Bourgeoisie, den Arbeitern «amerikanische» Löhne und Aufstieg zu kleinbürgerlichem Wohlstand.

Ein Jahr darauf kam die Krise. Die Geschäfte der amerikanischen Bourgeoisie kamen ins Wackeln, ihre Profite waren bedroht. Die großen Kapitalisten retteten sich, indem sie die schwächeren fraßen. Wer der Konkurrenz nicht standhalten konnte, ging unter. Millionen kleinbürgerlicher Existenzen wurden vernichtet. Die «amerikanischen» Löhne verschwanden, das, was sie früher erspart, wurde den Arbeitern durch die Krise genommen. Lohnabbau. Elf Millionen Arbeitslose, Lohnabbau, brutalste Unterdrückung, das war die «ewige Prosperität» für die amerikanischen Arbeiter.

Roosevelt, der Repräsentant des linken Flügels der Bourgeoisie, wurde gewählt von der überwältigenden Mehrheit aller Klassen. Die Klein- und Mittelbourgeoisie wählte ihn als Protest gegen eine Politik, die nur gemacht wurde im Interesse der großen Räuber. Das Kleinbürgertum wählte ihn zum Protest gegen die Bedrohung seiner Existenz. Die Arbeiter aber hoffen durch die Wahl Roosevelts die Krise, die Arbeitslosigkeit zu überwinden, wieder die Zeit der «amerikanischen Löhne» herbeizuführen.

Alle Klassen hoffen, unter Roosevelt die Krise zu überwinden. Das wird in der Tat gelingen — aber auf Kosten der Arbeiter! Die Arbeiter werden auch bei der Politik Roosevelts die Zeche bezahlen.

Dennoch ist die Wahl Roosevelts ein Fortschritt. Zum erstenmal in der Geschichte beginnt sich die amerikanische Arbeiterklasse zu stabilisieren. Die Krise hat der Einwanderung ein Ende gemacht, die Kluft zwischen «Amerikanern» und «Eingewanderten» beginnt sich zu schließen. Die Periode der hohen Löhne ist vorüber und damit der Aufstieg ins Kleinbürgertum, erst recht in die Bourgeoisie.

Noch haben die amerikanischen Proletarier Illusionen, die sie teuer bezahlen werden; vor allem die Illusion, daß der linke Flügel der Bourgeoisie ihnen helfen werde. Allein zum erstenmal erstehen nun auch in Amerika die Vorbedingungen für die Entfaltung einer proletarischen Klassenbewegung und damit auch die Vorbedingungen für das Erstehen einer ernsten proletarischen Klassenpartei, der Kommunistischen Partei.

So schafft der Kapitalismus auch in Amerika die Voraussetzungen für die proletarische Revolution. Sie stößt auch hier auf zwei Hindernisse: auf die Sozialdemokratie und nicht zuletzt — auf den Stalinismus. Hier wie überall ist die Ueberwindung des Stalinismus zwingende Notwendigkeit, damit die KP Amerikas ihre geschichtliche Aufgabe erfüllen könne.

# Lehren des Berliner Verkehrsstreiks

Was das Verhältnis zu den Gewerkschaften und zu den Naziproleten betrifft, sprechen wir darüber an anderer Stelle. Hier einige Worte über den Ausgang des großen Berliner Kampfes. Es ist außerordentlich bedeutsam, daß es der RGO gelungen ist, diesen Berliner Großbetrieb in den Kampf zu reißen, trotz der Schlichtungsfessel und trotz der Sabotage der sozialdemokratischen Gewerkschaftsbürokraten. Diese Tatsache spricht jedoch keineswegs für die Richtigkeit der Berliner Gewerkschaftspolitik, so wenig, wie die 600.000 gewonnenen Stimmen für die Richtigkeit der stalinschen Politik überhaupt sprechen. Die Zuspitzung der Wirtschaftskrise, des damit Hand in Hand gehenden verstärkten Arbeiterverrats der Sozialdemokratie, die sich verschärfende faschistische Gefahr, all das stößt unvermeidlich immer größere Teile der Arbeiterschaft nach links und führt zu Teilerfolgen, mitunter sehr bedeutsamen Teilerfolgen der Kommunistischen Partei trotz des Stalinismus. Die Tatsache schon der bloßen Auflösung eines solchen Streiks wie in Berlin ist von großer Bedeutung. Doch für die Gesamteinschätzung bleibt ausschlaggebend der Ausgang. Der Berliner Verkehrsstreik hat mit einer außerordentlich schweren Niederlage geendet: es bleibt beim Lohnabbau und 2600 Verkehrsarbeiter werden entlassen (sicher sind die Entlassenen zumeist keine Nazis und sicher werden sie jetzt zumeist durch Nazis ersetzt werden). Der Streikbruch der SP, der Verrat der NSDAP, hat diese Niederlage herbeigeführt. Doch damit mußte und muß die revolutionäre Politik wie immer von vorneherein rechnen! Die revolutionäre Politik muß so eingestellt sein, daß sie trotz der kapitalistischen Gaunerei, trotz des faschistischen Verrats, trotz des sozialdemokratischen Streikbruchs zum Erfolge führen kann. Wäre es möglich gewesen, den Berliner Verkehrsstreik zu gewinnen? Ganz gewiß war das möglich! Allein es war nur möglich durch Ausdehnung des Streiks zunächst vor allem auf die anderen Berliner Verkehrsbetriebe. Dazu war die RGO für sich allein zu schwach. Sie mußte daher eine Taktik anwenden, die wirklich imstande war und ist, die Streikfront zu verbreitern. Die RGO hat es an Aufrufen aller Art nicht fehlen lassen. Aber gerade das beweist, daß die Methode der bloßen Propaganda und Agitation für sich allein nicht imstande ist, Reserven in die Kampffront zu mobilisieren.

Der Berliner Verkehrsstreik ist unterlegen. In erster Linie dank der stalinschen «roten» Einheitsfronttaktik, die die Kämpfenden isolierte, statt die Massen für die Streikenden wirklich zu mobilisieren. Das kann nur die leninsche Einheitsfronttaktik. Der Berliner Streik ist zweitens unterlegen dank der stalinschen RGO-Politik; dieselben Genossen, die jetzt in der RGO vereinigt, imstande waren, die Verkehrsarbeiter in Kampf zu reißen, dieselben RGO-Genossen mitten in der Verflechtung der Massengewerkschaften als revolutionäre Gewerkschaftsopposition, sie hätten von innen heraus einen ganz anderen Massendruck auf die Gewerkschaftsbürokraten entfachen können, als die RGO von außen und dieser Massendruck von innen hätte den Massendruck von außen hinter sich gehabt, mobilisiert von der KPD mittels leninscher Einheitsfronttaktik. Wenn die KP so ihre Gesamtpolitik und ihre Gewerkschaftspolitik insbesondere auf leninscher Linie bewegt hätte — und zwar nicht nur im letzten Augenblick, sondern von langer Hand — die sozialdemokratischen Gewerkschaftsbürokraten wären in eine solche Zange geraten, in der sie den Streik hätten unterstützen müssen — oder sie hätten mit einem Schlag das Vertrauen des Großteils der gewerkschaftlichen Massen verloren, die mit einem Ruck auf die revolutionäre Linie geschwenkt wären. So oder so, der revolutionäre Erfolg wäre dagewesen. Er war und ist zu erzielen nur mit leninscher Politik!

## Seegraben

In Seegraben waren vor einigen Tagen Betriebsratswahlen. Sowohl die Faschisten als auch die freie Gewerkschaft stellten ihre Listen auf. Die RGO wollte selbständig kandidieren, brachte aber nicht einmal die hiefür erforderlichen Unterschriften auf. Nach den Wahlen zeigte sich, daß der Großteil der Arbeiter, die vor einem Jahre für die RGO gestimmt, diesmal die Liste der faschistischen «Unabhängigen Gewerkschaft» gewählt hatte. Das sind die «Erfolge» der stalinistischen Politik, die den Arbeitern fortwährend sagt: «Die Sozialdemokratie ist der Hauptfeind». Durch diese blödsinnige Politik werden Arbeiter so verwirrt, daß sie dann in den Faschisten leider «nicht den Hauptfeind» sehen . . .

## Parteidemokratie!

Folgende ausgezeichnete Sätze schreibt die RF vom 6. November anläßlich des sozialdemokratischen Parteitages: «Eine Diskussion zum Parteitag wird nicht geführt. Man sagt, daß der Feind aus einer öffentlichen, in der Presse geführten Diskussion Nutzen ziehen könne. Aber ist das eine proletarische, eine klassenmäßige Politik, die das Licht der Arbeiteröffentlichkeit scheut? Eine wirklich proletarische Politik kennt keine Geheimnisse vor den Massen und stellte alle Fragen in der vollen Oeffentlichkeit.»

Und den sozialdemokratischen Arbeitern ruft die RF zu: «Ihr müßt von den Führern Rechenschaft über ihre Politik verlangen und die Durchführung einer Diskussion zum Parteitag erzwingen!»

Vortrefflich, was die RF hier ausspricht! Gewiß, die sozialdemokratische Bureaukratie hat sich in der SP eine ihrer kleinbürgerlichen Grundlinie, der Zusammenarbeit mit der Bourgeoisie entsprechende Parteidemokratie» geschaffen. Mehr denn je bekommen heute die sozialdemokratischen Arbeiter die Grenzen dieser eigenartigen «Demokratie» zu spüren, wenn sie sich der verräterischen Politik der sozialdemokratischen Spitzen zu widersetzen beginnen. Diese Erfahrungen weisen die klarer sehenden sozialdemokratischen Arbeiter auf den Weg nach links, zur proletarischen Klassenpartei: zur KP.

Im Interesse der Kommunistischen Partei, im Interesse der Gesamtarbeiterschaft, müssen wir hier Fragen aufwerfen, die heute mehr denn je die ernsteste Aufmerksamkeit aller Kommunisten verdienen:

Wie sieht es in unserer Partei, in der KP, mit der Demokratie aus?

Wie steht es in unserer Partei mit der Diskussion?

Wie mit der Diskussion zum Parteitag?

Wann gedenkt das ZK einen Parteitag einzuberufen?

Wie steht es mit der Einberufung eines Weltkongresses?

Wie mit der Diskussion zum Weltkongreß?

Beantworten wir diese Fragen nach der Erfahrung der letzten Jahre:

Eine Diskussion in der Partei darf sich nur im Rahmen der Generallinie bewegen; Kritisieren ist nur in Form der sogenannten «Selbstkritik», das heißt als Kritik an der Durchführung, erlaubt. Auch die unteren Instanzen dürfen «kritisiert» werden; über die Kreisleitung hinauf beginnt jedoch die Zone der Unfehlbarkeit, ausstrahlend vom ZK. Eine Kritik am ZK, an seiner Politik, und gar erst international: an der Stalin-Politik, ja, der bloße Gedanke an eine Kritik, an eine Diskussion über die «Generallinie» führt — zum Ausschluß, zumeist durchgeführt im Wege der «Kaderfrage».

Eine Karikatur auf eine Diskussion zum Parteitag lieferte die RF zum vorjährigen Parteitag. Reportagen und «Stimmungsbilder» aus den Zellen berichteten von einer «Diskussion», — aber kein Kommunist, geschweige denn die Arbeiteröffentlichkeit konnte aus der RF er-

fahren, welche grundlegenden Fragen zur Diskussion standen und welche verschiedene Meinungen die Parteimitgliedschaft in diesen Fragen hatte. Diskussionsartikel, die etwa Kritik an der Stalinschen «Generallinie», Kritik an der Niederlagenpolitik der Koplenig & Co. gewagt hätten, erschienen natürlich keine.

**Und wie steht es mit der Einberufung eines auf demokratischen Grundlagen beruhenden Parteitages? Wie mit einer auf demokratischer Basis geführten Diskussion in der Presse und in der Organisation?** Werden die Koplenig & Co. es wagen, Forderungen, für die in der SP zu kämpfen sie die sozialdemokratischen Arbeiter mit Recht aufrufen, den Kommunisten abzuschlagen? Ihr schändliches Zertrampeln des demokratischen Zentralismus beraubt die richtigen Sätze der RF, die wir an die Spitze unserer Ausführungen stellen, in den Augen der sozialdemokratischen Arbeiter der moralischen Kraft, entlarvt sie als elende Heuchelei! Glauben denn die Koplenig & Co., willfährige Beauftragte der Stalin-Fraktion, daß ihr Treiben den sozialdemokratischen Arbeitern verborgen bliebe? **An der Spitze der KP hätten diese Koplenig & Co. das zu verwirklichen, worauf sie die Aufmerksamkeit der sozialdemokratischen Arbeiter mit Recht hinlenken,** hätten sie diesen praktisch — nicht in der Phrase — zu beweisen, daß

**in der KP die politischen Fragen offen vor der Arbeiterschaft gestellt werden,**

**daß zu den Parteitagen, zu den Weltkongressen in der Presse öffentlich vor der Arbeiterschaft diskutiert wird,**

**daß die Führung der Komintern öffentlich vor der Arbeiterschaft Rechenschaft legt über ihre Politik!**

**Seit 4 Jahren kein Weltkongreß!** Seit vier Jahren wird das Forum, wo die internationale Aktion offen vor dem Weltproletariat beraten werden soll, nicht einberufen! Ein Zeitraum, in dem die Stalin-Politik trotz Teilerfolgen in ihrer Gesamtwirkung zu schwersten Gefahren für die Weltarbeiterklasse, einschließlich der russischen Arbeiterklasse geführt hat! Wo **bleibt die Rechnunglegung** über die Politik, die zu den Niederlagen 1926 in England, 1927 in China, zum Versagen in Spanien geführt hat?

Die Stalin-Bureaukratie, Träger und Initiator dieser schädlichen Politik, denkt nicht daran, freiwillig die Bedingungen des demokratischen Zentralismus in der Partei wiederherzustellen. In ihrem wütenden Kampf gegen die Linksopposition hat sie ihn gründlich zerstört und ihn ersetzt durch **bureaukratischen Terror.** Sie hat sich so in der Partei ihre, der Stalin-Bureaukratie angemessenen Lebensbedingungen geschaffen, die es ihr ermöglichen, ihre schädliche Politik durchzuführen, ohne die Gefahr ernstlichen Widerstandes aus der Parteimasse. Die Verbrechen der Stalin-Bureaukratie am demokratischen Zentralismus erlauben den Friedrich Adler & Co., den betäubt dastehenden sozialdemokratischen Arbeitern zu erzählen, die einzige Partei mit «innerer Demokratie» sei — die Sozialdemokratie!

Es ist höchste Zeit, daß die ernsten, kritischen Elemente in der Partei darangehen, diese Fragen ernstlich zu prüfen. Unsere Partei ist — im Gegensatz zur Sozialdemokratie — heilbar; es ist möglich, die Komintern zu reformieren, sie auf den Weg des revolutionären Internationalismus, auf die Linie Marx-Lenins zurückzuführen. Nur so können die schweren, dem Weltproletariat und seiner Führung, der Komintern, drohenden Gefahren abgewendet und der Weg zum proletarischen Sieg beschritten werden. Das erfordert gründliche Aussprache, Diskussion unter den Kommunisten, die bis an die Wurzeln der brennenden Fragen vordringt. **Unerläßliche Voraussetzung einer solchen Diskussion ist aber die Wiederherstellung des demokratischen Zentralismus in der Partei!** Erst auf diesem Boden ist es möglich, die Diskussion ohne Entstellung, ohne Fälschung, brüderlich zu führen

**Schluß mit dem bureaukratischen Terror in der Partei Lenins! Heraus mit der offenen Diskussion,** denn «eine wirklich proletarische Politik kennt keine Geheimnisse vor den Massen und stellt alle Fragen in der vollen Oeffentlichkeit»! **Offene Diskussion über alle brennenden Fragen in Partei und Presse!**

**Zurück mit der Linksopposition in die Partei,** die in dieser Diskussion ein gewichtiges Wort zu sprechen hat!

**Einberufung eines auf demokratischer Basis vorbereiteten Parteitages! Rechenschaftslegung der Stalin-Bureaukratie über ihre Politik national und international auf einem Weltkongreß, der durch eine gründliche internationale Diskussion demokratisch vorbereitet wird!**

**Vorwärts zur Leninschen Parteigesinnung!**

## Klassenjustiz

In Leoben haben jetzt mehrere Prozesse gegen Arbeiter, richtiger gegen die Arbeiterschaft stattgefunden.

Einer gegen drei Schutzbündler, die nach den Angaben eines Heimwehrspitzels angeblich Handgranaten hergestellt haben sollen. Der wirkliche Zweck war, von den **Waffen der Heimatwehr** abzulenken. Schwerbewaffnet ist die Heimwehr beim Putsch in Leoben und Umgebung aufmarschiert. Als die Situation für die Putschisten gefährlich wurde, als die Arbeiterschaft auf den Plan trat, da hat man die Waffen der Heimwehr wieder gut versteckt und keiner Gendarmerie- oder Polizeigewalt fällt es ein, diese Waffen zu beschlagnahmen, obwohl sie sehr leicht zu finden wären. In Seegraben hat man die Heimwehrwaffen mit Zeughunden in die Schächte hinabgelassen und sie später in diverse Magazine und Gebäude verstaut, gut und sorgfältig eingefettet, um sie bei der nächsten Aktion gegen die Arbeiterschaft wieder hervorzuholen. Um davon abzulenken, hat man die drei Schutzbündler wegen «Handgranaten» bestraft.

*

Der zweite dieser Klassenprozesse war gegen mehrere Arbeiter gerichtet, die man einfach aus der großen Masse herausgerissen hat, weil sich die Arbeiterschaft die **Massendeloglerungen** nicht mehr bieten lassen wollte. Zum erstenmal in Oesterreich ging man mit Tränengas gegen die Arbeiterschaft vor. Sie setzte sich zur Wehr, wobei einige Fenster eines Heimwehrkaufmannes in Donawitz in Trümmer gingen. Diese Gelegenheit benützte ein Nazispitzel, um ihm bekannte Arbeiter anzuzeigen. So sieht man deutlich, welchen Zweck die famose «Arbeiterpartei» hat.

Am gleichen Tage wurde der SP-Arbeiter Truppe, der in höchster Notwehr, von einer ganzen Horde Nazibanditen verfolgt und blutig geschlagen, als er nicht mehr auskonnte, einen Schuß im Laufen abgab, der zufällig einen dieser Banditen niederstreckte, mit 6 Monaten bestraft. Als vor kurzer Zeit ein Heimwehringenieur einen Arbeiter niederschoß, nur weil er ein Messer gezogen, wurde dieser Heimwehringenieur — freigesprochen!

Am Tage dieser Prozesse glich Leoben einem Heerlager, die Straßen waren abgesperrt, nur 20 bis 25 Leute durften bei den Verhandlungen zuhören. Gendarmerie und Militär patrouillierte in den Straßen, feldmäßig ausgerüstet.

*

Zu gleicher Zeit hatten Heimwehr und Nazis Bereitschaft. Die Klassenjustiz feierte Triumphe. Wie lange noch? Der Tag wird kommen, wo von Leoben die revolutionäre Arbeiterschaft die ersten revolutionären Taten verkünden und abrechnen wird mit dem jetzigen «steirischen Recht» samt seinen Alpineauftraggebern. Dann wird triumphieren steirisches Arbeiterrecht.

## Mieterschreck

Karl Nebel, Hausverwalter des Hauses Georgigasse 27 in Eggenberg, ist unseren Lesern schon gut bekannt. Gen. Harler ist ihm schon lange ein Dorn im Auge. Ihm und seine Familie hinauszubringen, obdachlos zu machen, ist ihm kein Mittel zu schlecht. Die Frau des Gen. Harler hat zur Kirschenzeit dem Nebel Kirschen pflücken geholfen. Dafür versprach er ihr 5 Kilogramm Kirschen. Sie gab sich aber mit 2 Kilogramm zufrieden und verzichtete auf die übrigen 3 Kilogramm. Heute hat dieser saubere Hausverwalter Gen. Harler wegen — Diebstahls von 2 Kilogramm Kirschen dem Gericht angezeigt. Gen. Harler wird ihm Gelegenheit geben, sich wegen Verleumdung zu verantworten.

Mieterschreck Nr. 2 ist der in Eggenberg gut bekannte Heimatschutzkämpe Franz Pölzl, Hausbesitzer, recte Hausverwalter seiner Frau, in der Lerchengasse Nr. 6. Er versteht es noch in weit höherem Maße als Nebel, die Parteien zu schikanieren. Als Prozeßhansel erster Klasse schreckt er auch nicht davor zurück, ein 12jähriges Kind derart als Zeugen zu führen, daß deshalb jetzt ein Verfahren wegen Verleitung zur falschen Zeugenaussage bei Gericht anhängig ist. Sein Hauptkunststück hat er vor einigen Wochen geliefert, wo er den schon lange im Hause wohnenden 64 Jahre alten Karl Mörth derart schikanierte, daß dieser Selbstmord beging.

Arbeiter von Eggenberg, merkt euch diese beiden!

Einige Mieter.

**Einmal wahr gesprochen.** Ein Parteimitglied fragte den Stalin-Bureaukraten Alfons in Graz, warum sie, die Stalinisten, gegen die Trotzkisten so scharf machen, worauf Alfons erwiderte: «Ja, weißt du, Genosse, die Trotzkisten, das sind die ganz Linken und darum müssen sie aus der Partei hinaus . . .»

**Die Fortsetzung des Artikels des Genossen Trotzki folgt in der nächsten Nummer.**

Soeben erschien der zweite Band des großen Geschichtwerkes

**Leo Trotzki**

**Geschichte der russischen Revolution (Oktoberrevolution)**

Mit 21 Abbildungen. Umfang 760 Seiten. Geh. RM 12.50, kart. RM 14.50, Leinen RM 16.50. Im Jahre 1931 erschien der erste Band **Februar-Revolution,** 460 Seiten. Mit 23 Abbildungen, 1. bis 10. Auflage. Geh. RM 7.20, Leinen RM 9.90. Uebertragen aus dem Russischen von **Alexandra Ramm.** Zu beziehen vom **S. Fischer-Verlag, Berlin.**

# Aus der Partei

## Gerüchte um Toman

Während des SP-Parteitages kam aus sozialdemokratischen Kreisen das Gerücht vom Uebertritt Tomans zur SP. Wir würden darüber nicht schreiben, wenn nicht die Haltung des Blattes der Toman-Fraktion diesem Gerücht in der Tatsache entspräche. Dreimal hat die «Arbeiter-Stimme» im Laufe der letzten Wochen die Tomanfraktion öffentlich aufgefordert, sie möge Fraktion öffentlich aufgefordert, sie möge sich gegenüber der SP öffentlich abgrenzen. Die wenigen Worte, die die «Arbeiter- und Bauernzeitung» gegen die SP schrieb, können von jedem sozialdemokratischen Raunzerlinken vom Schlage Max Adler und Co. ruhig unterschrieben werden, für Kommunisten ist das keine Abgrenzung. In der letzten Nummer des Toman-Blattes jedoch (Nr. 18) fehlt überhaupt jedes wie immer geartete Wort gegen die SP! Es wird darin für die «einheitliche Kampffront» eingetreten, eine Losung, die in dieser Allgemeinheit eine zu nichts verpflichtende Phrase ist, die auch der rechteste Reformist glatt unterschreibt. Nicht getippt wird darin an den Schwindel der sozialdemokratischen «Einheitsfront». Die entscheidende Frage, auf welchem Wege, **durch welche Taktik ist die proletarische** Kampfeinheitsfront herbeizuführen, zu erzwingen, wird darin nicht berührt. So handelt der, der sein wahres Verhältnis zur SP im Dunkeln lassen, verbergen will. Der Großteil des Blattes ist der persönlichen Kritik der Mitglieder des ZK der KP gewidmet, ohne der Partei irgendwie eine positive Linie zu zeigen. Die Kritik des Toman-Blattes ist also zersetzend, parteizerstörend. Der tomanitische Wunsch: «Schließlich und endlich muß auch die Internationale einsehen, daß die führenden Genossen der KP ein Sauhaufen sind», ist nichts, was in dieser Allgemeinheit den Wünschen der Bauer und Co. widerspräche. Nur eine von zwei Erklärungen ist für dieses Verhalten möglich:

Die Parteidiskussion, die die Stalinbureaukraten mit allen Mitteln unterdrükken, verhindern wollen, haben wir bereits erzwungen. Sie ist im vollen Gang: Die «Arbeiter-Stimme» kommt in die Hände des Großteils der Parteimitglieder. Daß die verschiedenen Gruppen Zeitungen herausgeben, erscheint vielen als Zersetzung, in Wirklichkeit ist es ein Fortschritt. Seine Einstellung, sein Verhalten in einer bestimmten Frage nach Belieben ableugnen, verdrehen, fälschen zu können, das war echt tomanitische Methode. Die Rechten und Stalinisten haben diese Schwindelmethode zu 100 Prozent übernommen. Sie haben allerdings bewiesen, daß man auch dann noch schwindeln, fälschen, ableugnen kann, selbst wenn man sich gedruckt festgelegt hat (daß das auf die Dauer nicht gehen wird, werden wir allen noch gründlich beweisen!) Die Landau und Co. mit dem Mahnruf und ihrem Ableger («Max und Moritz» Nr. 2) haben diese Giftmethoden mit in die oppositionelle Bewegung hinübergenommen. Durch alle diese Hindernisse hindurch, die Parteidiskussion ist bereits im Gang, die politische Klärung der Partei hat bereits begonnen.

Die Toman-Fraktion hat niemals politisch gekämpft. Nunmehr aber kommt sie in die Zwangslage, politisch kämpfen zu müssen Vielleicht ist das ganz unglaubliche Verhalten des Toman-Blattes zuzuschreiben dieser vollkommenen Ungewohnheit, politisch zu kämpfen, diesen ersten, begreiflicherweise völlig unzulänglichen Gehversuchen. Wäre dem so, so wäre das nur zu begrüßen, damit hätte die Toman-Fraktion tatsächlich den Weg ihrer politischen Selbstklärung betreten.

Die Wahrscheinlichkeit spricht leider für eine ganz andere Erklärung. Wir haben die Toman-Fraktion dreimal öffentlich aufgefordert, sich von der Sozialdemokratie abzugrenzen. Statt das zu tun, stellt sie selbst ihre bisherige linkssozialdemokratische Scheinkritik ein und spricht überhaupt kein Wort mehr gegen die SP! So handelt nur jemand, der zur SP tendiert, der bereits zur SP auf dem Weg ist, ja mit ihr bereits bindende Abmachungen getroffen hat und diese noch verbirgt, um die Kommunistische Partei mehr zersetzen, mehr Arbeiter von ihr wegreißen, zur SP hinüberreißen zu können. Das ist ein schwerer Verdacht, aber angesichts des unglaublichen Verhaltens des Blattes der Toman-Fraktion muß er öffentlich ausgesprochen werden. Die Toman-Fraktion kann diesen Verdacht rasch zerstreuen, wenn sie in der nächsten Nummer ihrer «Arbeiter- und Bauernzeitung» ihre grundsätzliche und taktische Einstellung gegenüber der Sozialdemokratie klar und öffentlich ausspricht.

Wir lenken schon heute die Aufmerksamkeit aller Parteimitglieder, insbesondere jener, an die die Toman-Fraktion herantritt, auf diesen Sachverhalt. Wir werden die Klarheit in dieser Frage erzwingen so oder so — und so oder so werden wir erzwingen wieder einen Schritt vorwärts zur Klärung, zur Gesundung der Partei.

# Aus der Opposition

## Wieder ein Schrit vorwärts

**Im 20. Bezirk wurde die oppositionelle Arbeit von einer ganzen Anzahl von Genossen bisher mehr oder weniger ohne Zusammenhang durchgeführt. Donnerstag, den 17. November, sind die aktivsten Genossen des Bezirkes zusammengetreten, haben die Bezirksorganisation Brigittenau gegründet und eine Bezirksleitung gewählt, die nun die oppositionelle Arbeit im Bezirke planmäßig organisieren wird. Brigittenau ist einer der größten Wiener Proletarierbezirke, in dem die KPOe (Opposition) viele Beziehungen hat, sowohl zu Mitglieder der KP als zu revolutionär gestimmten Mitgliedern der SP. Die planmäßige Arbeit der Genossen wird Früchte tragen. Wir begrüßen die neue Organisation!**

**Bildungsabend.** Montag, den 28. ds., im Gasthaus Aumann, Wien, XVI., Hasnerstraße 46, um ½8 Uhr abends.

**Bezirksorganisation XII/V.** Jeden Freitag abends: Gasthaus Kirchner, XII., Rosaliagasse Nr. 11.

**Bezirksorganisation XVI.** Jeden Freitag abends: Gasthaus Kraus, XVI., Hasnerstraße 50.

**Bezirksorganisation XVIII.** Jeden Donnerstag, 8 Uhr, im bekannten Lokal.

**Bezirksorganisation XX.** Jeden Donnerstag, ½8 Uhr, im vereinbarten Lokal.

**Bezirksorganisation XXI.** Jeden Freitag abends im Gasthaus Renda, XXI., Brünnerstraße 51.

**Bezirksorganisation Graz:** Auskünfte, Zuschriften an die «Arbeiter-Stimme» werden entgegengenommen jeden Donnerstag, 7 bis 8 Uhr abends, im Kommunekeller Eggenberg, Rochelgasse 52.

## Arbeiterkulturbund „Spartakus"

**Sitz: XVI., Hasnerstraße 50, Gasthaus Kraus**

**Bildungsabend.** Montag, den 28. November, im Gasthaus Aumann, Wien, XVI., Hasnerstraße Nr. 46, um ½8 Uhr abends.

**27. November:** Zusammenkunft Endstation Sievering, 2 Uhr. Treffpunkt: 4 Uhr Dremarkstein.

**4. Dezember:** Zusammenkunft Endstation Nußdorf, 2 Uhr. Treffpunkt: 4 Uhr Weberhütte.

**12. Dezember:** Zusammenkunft Endstation **Grinzing,** 2 Uhr. Treffpunkt: 4 Uhr Jägerwiese.

Eigentümer: Kommunistische Partei Oesterreichs (Opposition). — Herausgeber und Verleger: Josef Frey, XII., Schönbrunnerstraße Nr. 236. — Verantwortlicher Redakteur: Max Stiptschitsch, Wien, XVI., Sautergasse 27. — Druck: «slava», Wien, VII.